



Im Namen der Sicherheit?

#Gesichtserkennung

Die argentinische Hauptstadt Buenos Aires setzt auf KI-Gesichtserkennung. Ein Datenskandal zeigt: Wenn Kontrollen fehlen, ist die Überwachung Einzelner möglich. Eine Recherche, die unsere Autorin noch länger beschäftigen wird – denn auch sie ist betroffen.

Ein Altraum«, so beschreibt Guillermo Ibarrola die sechs Nächte, die er auf einer Betonbank in einer Einzelzelle schlief. Erst in der zweiten bekam er eine Decke. Das Gesichtserkennungssystem an einem Bahnhof in Buenos Aires hatte in ihm einen gesuchten Straftäter erkannt. Dabei war es ein Namensvetter, der den Raubüberfall begangen hatte. »Jemand hatte wohl aus Versehen meine ID-Nummer ins System eingegeben statt der des Gesuchten«, erklärt Ibarrola. »So ein Fehler kann Leben zerstören.« Als eine Staatsanwältin den Irrtum bemerkte, bekam er seine Schnürsenkel zurück und einen Coffee to go.

75 Prozent der Stadtfläche von Buenos Aires sind videoüberwacht. Die Regierung wirbt damit auf Plakatwänden. Auf vielen der Kameras könnte eine Gesichtserkennungssoftware laufen. Doch derzeit ist das durch einen richterlichen Beschluss verboten: Mindestens 140 Datenbankfehler führten zu Polizeikontrollen oder Verhaftungen, seit das System 2019 aktiviert und bis es mit dem Corona-Lockdown im März 2020 abgeschaltet wurde. Die Datenschützer der Organisation O.D.I.A. (Observatorio de Derecho Informático Argentino) verklagten die Stadt.

Zunächst ging es in den Justizrecherchen nur um Fälle wie den von Ibarrola. Doch den von einem Richter beauftragten IT-Spezialisten, die die Server des Sicherheitsministeriums durchforsteten, kam bald ein unerhörter Verdacht: Wurde die Gesichtserkennung zur Überwachung Einzelner genutzt?

Für diese Recherche erhalten wir Zugang zum Expertenbericht sowie zu Videoaufzeichnungen eines Besuchs von Richter Roberto Andrés Gallardo in der Überwachungszentrale der Stadt. Der Sicherheitsminister erklärt dem Richter, dass nur flüchtige Straftäter per Gesichtserkennung gesucht werden können, so sieht es das Gesetz vor. Es sei nicht möglich, weitere Personen auf die Liste zu setzen.

Richter Gallardo bezweifelt das. Wir treffen ihn in seinem Büro an der Prachtstraße Avenida de Mayo, nur wenige Hundert Meter vom rosafarbenen Regierungsgebäude entfernt. Das Büro ist lichtdurchflutet, ein Foto des Richters mit Papst Franziskus hängt an der Wand. »Nur rund 40 000 flüchtige Straftäter dürfen mit dem System gesucht werden. Aber die Zahl der von der Stadt angeforderten persönlichen Daten lag bei fast zehn Millionen. Die Regierung konnte nicht erklären, warum«, sagt Gallardo. Die Daten von Vizepräsidentin Cristina Kirchner wurden 225-mal abgefragt, die von Präsident Alberto Fernández 75-mal. Aber auch Fotos und ID-Nummern von Politikern verschiedener Parteien, Menschenrechtsaktivistinnen und Journalisten wurden angefordert.

Sicherheitsminister Marcelo D'Alessandro sitzt an einem schweren Holzschreibtisch, hinter ihm die argentinische Flagge. »Das System ist ein wichtiger Teil des Sicherheitskonzepts der Stadt. Mit der Gesichtserkennung haben wir fast 1700 Flüchtige gefasst, darunter Vergewaltiger und Mörder mit internationalem Haftbefehl. Dank der Technologie können wir Ausländer verhaften,



Guillermo Ibarrola im Bahnhof Retiro.

die unter falscher Identität in Argentinien leben.« Den Vorwurf des Richters, willkürlich Daten angefordert zu haben, weist er vehement zurück: »Es geht um Ermittlungsverfahren, um Identitätskontrollen. Wenn man etwa ein Festival oder ein Fußballstadion betritt, haben wir das Programm ›Tribuna Segura«, um sicherzustellen, dass keine Kriminellen reinkommen. Niemand, wirklich niemand, wird ohne Gerichtsbeschluss per Gesichtserkennung gesucht.«

Doch warum wurde etwa die Vizepräsidentin Cristina Kirchner mehr als 200-mal gesucht, sogar mitten in der Nacht? »Gegen die Vizepräsidentin laufen viele Strafverfahren, bei denen die Justiz uns auffordert, die Identität zu bestätigen. Die Polizei arbeitet 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche. Es kann durchaus sein, dass Daten um zwei Uhr nachts abgefragt werden.« Dann fügt D'Alessandro hinzu: »Wir haben ein transparentes System. Wer sich einloggt, wird registriert. Es ist rückverfolgbar, wer sich wann von wo aus eingeloggt hat und wonach er gesucht hat.«

Damit steht Wort gegen Wort. Der Richter kann nur beweisen, dass Millionen von persönlichen Daten abgerufen wurden. Aber nicht, ob sie gespeichert wurden oder nicht. Damit hätte der Streit enden können. Wäre da nicht der Bericht der IT-Spezialisten der Polizei. In einem politisch polarisierten Land wie Argentinien ist wichtig zu erwähnen: Der Bericht der

IT-Prüfer wurde von Vertretern zweier verschiedener Polizeibehörden erstellt und unterzeichnet. Die Stadtpolizei ist dem Bürgermeister unterstellt, die Flughafenpolizei dem Bund – beide sind politische Gegner.

Zwar erklärt auch der Bericht nicht, was es mit den Millionen von Datenabfragen auf sich hat. Aber er zeigt klar: Das System kann manipuliert werden. Die IT-Experten schreiben: »15 459 Datensätze wurden im Gesichtserkennungssystem gefunden, die nicht in der Datenbank der gesuchten Verbrecher enthalten

sind. Mit anderen Worten: 15 459 Personen wurden in das Gesichtserkennungssystem eingespeist, ohne dass ein Ersuchen der Justiz vorlag, das heißt ohne dass es dafür eine Rechtsgrundlage gab.«

Außerdem finden die Experten Spuren von 356 manuellen Datenlöschungen einschließlich der zugehörigen Log-Dateien. Mit anderen Worten: Die biometrischen Daten von mehr als 300 Personen waren im Gesichtserkennungssystem gespeichert. Wessen Daten, das wird ein Geheimnis bleiben. Denn jemand hat nicht nur die Daten gelöscht, sondern auch die Spuren der Löschung. Wer dieser Jemand ist, ist unklar. Die IT-Experten beschreiben anonyme Administratorenprofile: »In der Datei *Users* finden sich generische Profile wie *Admin*, *Testing* oder *temporary*,

Doch allein in Buenos Aires gibt es mehr als 15000 Überwachungskameras.

die nicht mit den Registrierungsdaten realer Personen verknüpft sind und nicht mit einer bestimmten und bestimmaren physischen Person in Verbindung gebracht werden können.«

Richter Gallardo erklärt: »Die Experten haben nachgewiesen, dass die Liste der gesuchten Personen geändert werden kann. Das gibt den Nutzern des Systems die Möglichkeit, Personen zu kontrollieren, auch Sie oder mich. Wann gehen wir aus dem Haus, wann sind wir zurück?« Bei seinen Ermittlungen stößt er immer wieder an Grenzen. Er erfährt nicht, wer den Algorithmus für die Gesichtserkennungskameras geliefert hat und wie dieser funktioniert. Selbst unter Eid will ein Mitarbeiter der Firma, die die Kameras installiert hat, nicht reden.

Kurz nach unserem Interview wird ihm auf Antrag der Stadt wegen angeblicher Befangenheit und Überschreitung seiner Kompetenzen der Fall entzogen. Mehr als ein Dutzend Richter hatten sich zuvor in einem Schreiben hinter ihn gestellt, ohne Erfolg. Der Richter verklagte daraufhin den Minister. Der Minister verklagte den Richter. War Gallardo wirklich befangen – oder waren seine Nachforschungen einfach unbequem?

Bei Südamerika denkt man nicht sofort an einen massiven Technologieinsatz wie in Buenos Aires. Doch eine Studie der Datenschutzorganisation Access Now zeigt: Argentinien ist neben Brasilien und Ecuador eines der am meisten überwachten Länder der Region. Allein in Buenos Aires gibt es mehr als 15000 Überwachungskameras. Gesichtserken-

nungssysteme sind auch in den Städten Mendoza, Córdoba, Salta, San Juan, Tigre und Jujuy im Einsatz. Während US-Städte wie San Francisco und Boston Echtzeit-Gesichtserkennung im öffentlichen Raum verbieten, wird in Südamerika investiert. Kritiker sehen darin ein Worst-Case-Szenario: Die Technologie werde oft ohne ausreichenden Rechtsrahmen

und funktionierende Kontrollen eingesetzt. In Buenos Aires berichtet eine Vertreterin der nach dem Daten-skandal einberufenen Kontrollkommission, die Stadt blockiere, die Kommission erhalte auf Anfrage keine Informationen.

Ein Gang durch das Zentrum von Buenos Aires zeigt: Tatsächlich gibt es fast überall Kameras. Die Sonne scheint auf der Plaza de Mayo, dem Platz vor dem rosafarbenen Regierungsgebäude. Was denken

Passanten über die massive Überwachung? Ich frage junge Leute, Ältere. Frauen und Männer im Business-Outfit, andere in T-Shirt und Jeans, Straßenhändler. Sie alle finden: Kameras geben Sicherheit. Von dem Daten-skandal hat niemand etwas gehört. Eine Studie eines Meinungsforschungsinstituts bestätigt, die Argentinier haben derzeit andere Sorgen: Allem voran die hohe Inflation, 138 Prozent in diesem Jahr, und die Kriminalität.

Ich berichte seit vielen Jahren aus Südamerika und kenne das Dilemma aus eigener Erfahrung: Privatsphäre aufgeben im Dienste der Sicherheit? Lange haben wir mit Freunden diskutiert, als die Gesichtserkennung vor vier Jahren eingeführt wurde. Ich musste zugeben: Natürlich hätte ich mir gewünscht,

dass die Polizei die Einbrecher findet, die mich damals gefesselt ins Bad einschlossen. In aller Ruhe räumten sie das Büro aus. Schlossen die Tür hinter sich. Weg waren sie, mit Festplatten und Rechnern. Damals gab es nur wenige Kameras in Buenos Aires und erst recht keine Gesichtserkennung. Hätte die KI »meine Einbrecher« finden können?

Heute erlebe ich die andere Sichtweise: Nie wieder durch das Zentrum von Buenos Aires laufen mit dem Gefühl, in der Masse unterzugehen. Nie wieder Sicherheitskameras sehen, ohne an diese Recherche zu denken. Denn ein Staatsanwalt hat im September auf Anfrage bestätigt: Ja, das Sicherheitsministerium der Stadt hat auch meine biometrischen Daten und die der Fotografin dieser Reportage von den Ausweisbehörden angefordert, im Rahmen des Abkommens zur automatisierten Gesichtserkennung mit KI. Warum wurden unsere Daten angefordert? Wurden wir etwa überwacht? Wurden sie gespeichert? Verkauft? Marcelo D'Alessandro, der Sicherheitsminister, ist nicht mehr im Amt. Sein Nachfolger hat unsere Anfrage bis Redaktionsschluss nicht beantwortet.

Das System in Buenos Aires ist nach wie vor außer Betrieb. Nachdem Gallardo der Fall entzogen wurde, erklärten zwei weitere Richter die Gesichtserkennung für verfassungswidrig. Ein auf Korruptionsfälle spezialisierter Staatsanwalt hat sich eingeschaltet. Doch noch ist nicht klar, wer den Streit gewinnen wird: Jene, die strengere Kontrollen fordern. Oder die Stadtverwaltung, die fest davon überzeugt ist, das System sei für die Sicherheit ihrer Bürger unverzichtbar. ■

GLOSSAR

Gesichtserkennung_

Technologie, die KI nutzt, um Gesichter in Bildern oder Videos zu identifizieren.

Transparenz_ Nachvollziehbarkeit von Algorithmen, Entscheidungsprozessen und Datennutzung in KI-Systemen.

Privatsphäre_ Recht eines Individuums, seine persönlichen Daten zu schützen.



Richter Roberto Andrés Gallardo in seinem Büro.



Überwachungszentrale in Buenos Aires.

TEXT

Karen Naundorf (Autorin) und Sarah Pabst (Fotografin) sind Fellows des Pulitzer Center on Crisis Reporting und berichten aus und über Südamerika.

Diese Recherche wurde unterstützt vom AI Accountability Network des Pulitzer Centers.